

Annoncen
Annahme-Büroaus:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wohtheim, 10.)
bei C. H. Ullrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Strelaard,
in Breslau bei Emil Habath.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Mr. 826.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Dez br. nehmen sämtliche Postanstalten zum Betrage von 1 M. 82 Pf., sowie die unterzeichnete Expedition und die Herren Distributeure zum Betrage von 1 M. 50 Pf. an. Bestellungen bitten gefäll. bald zu machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Der Notstand der Eisenindustrie

Ist eine unsägbare Thatsache; viele Feuer sind ausgeblasen und es ist immerhin möglich, daß noch manche ihnen folgen werden. Den Notstand der Eisenindustrie bestreiten wir nicht; wir bestreiten nur, daß die Verlängerung des Schuhzolls ein Mittel ist, diesen Notstand zu bekämpfen, denn die Ursachen dieses Notstandes sind an andern Stellen, als in unserer Zollpolitik zu suchen.

Die "Bochumer Aktiengesellschaft für Gußstahlfabrikation" sucht in diesen Tagen durch öffentliche Bekanntmachung in den Zeitungen der Provinz Westphalen hundert Arbeiter! Ein solches Werk, bei dem jede etwa mäßige Arbeitskraft unaufgefordert Nachfrage nach Arbeit erhalten würde, muß den Weg des Zeitungsinserates betreten! Es scheint uns dies den Schluz zu rechtfertigen, daß die ausgeblasenen Hochöfen schon aus dem Grunde zum Stillstehen verurtheilt sind, weil es ihnen an Arbeitern fehlt. Die Kohlenzechen Westphalens können der Nachfrage nur mit der größten Anstrengung genügen. Wir wissen es aus der Mitteilung eines Augenzeugen, der die Beche "Centrum" vor einigen Tagen besuchte, daß dort keine Halde vorhanden war, daß aber gegen 200 leere Loren bereit standen, die am folgenden Tage zu befrachten waren. Wir schließen daraus, daß es an Kohlen fehlen würde, wenn man die kaltgestellten Werke wieder anblasen wollte. Die beiden größten Stahlwerke der Provinz, Krupp und Bochum, arbeiten angestrengt, um die Lieferungen von Schienen aufzuführen, die sie nach China und Japan verschlossen haben; man wirtt ein, sie arbeiten zu Kreisen, die keinen Nutzen abwerfen, lediglich um die Kunstschafft zu behaupten. Wir könnten das weder bestätigen noch widerlegen; wir könnten es selbst vorant, wenn es ein Bild in die Bücher verstatte würde, denn der Begriff eines nutzbringenden Preises ist ein dehnbarer. Aber es steht fest, daß die noch in Thätigkeit befindlichen Werke jede Arbeitskraft, die sich ihnen zur Verfügung stellt, zu guten Löhnen beschäftigen und für jeden Bentzer Kohle, der gefördert wird, Verdwendung haben. Jede Erweiterung der Produktion würde im Augenblieke eine ungewisse Erhöhung der Löhne und eine empfindliche Verhöhung der Kohlenpreise im Gefolge haben.

Der Notstand wurdelt darin, daß mehr Eisenwerke angelegt worden sind, als mit den verfügbaren Arbeitskräften und Kohlenvorräthen in Betrieb erhalten werden können, und die Hilfe, nach welcher die Eisenindustrie sich sehnt, könnte ihr nur dann gewährt werden, wenn es möglich wäre, ihr billige Arbeitskraft und billige Kohlen zuzuführen.

Die Überproduktion an neuen Werken, welche stattgefunden hat, ist erklärlich und verzeihlich. Der Grund liegt in dem Umwande der Technik, welcher die Bereitung von Stahl so sehr erleichtert hat, und wir sind weit davon entfernt, den Produzenten einen Vorwurf zu machen. Aber die Thatsache der Überproduktion ist nicht fortzuleugnen. Man sagt, eine Auflösung dieser Werke würde dem Nationalwohlstand einen empfindlichen Schaden zufügen; aber diese Schädigung des Nationalwohlstandes ist bereits vorhanden; sie würde durch die Auflösung der Werke nur ihren ziffermäßigen Ausdruck erhalten. Jeder künftliche Versuch aber, diese Werke jetzt wieder in Betrieb zu stellen, bevor Arbeitskräfte zu angemessenen Preisen für dieselben disponibel geworden sind, würde den Schaden am Nationalwohlstand nur noch erhöhen.

F. C.

Die Eröffnung der Generalsynode, welche heute (Mittwoch) in Berlin stattfinden sollte, wird nicht verfehlt, das Interesse weiterer Kreise auf sich zu lenken. Die "Nat-Ztg." widmet dem Vorgang folgenden Artikel:

Unter allen Umständen liegt hier eine der wichtigsten Lebensläufen vor, welche seit Jahren in der evangelischen Kirche Breitengrundlungen haben. Wiederholt ist der Eröffnungstermin hinausgeschoben worden, ein deutlicher Beweis, wie schwer eine Vereinbarung zwischen den Trägern des Kirchenregiments über den vorzulegenden Verfassungsentwurf herzustellen war. Die verschiedenartigste Kommentierung ist dem Bekanntwerden dieses Entwurfs vorausgegangen, ein Beweis, wie eifrig die öffentliche Meinung diese Angelegenheiten verfolgte. Abschluß des mit dem Erlass vom 10. September 1873 eingeleiteten Verfassungswesels für die evangelische Landeskirche heißt die Aufgabe, deren Lösung von dieser Versammlung erwartet wird; ob sie dieser Erwartung zu entsprechen im Stande sein wird, darüber wollen wir unser Urteil einstreiten zu erhalten. Entscheidend wird sein, in welcher Weise sich die Parteibildung vollziehen und ob sie um das Programm der sogenannten Mittelpartei eine konservative Mäjorität bilden wird. Als nicht minder wichtig aber wird sich ergeben, ob eine ausschließliche Konzentration der Verhandlung auf den einen vorliegenden Zweck gelangen wird. Es muß sich erst zeigen, wie weit man im Stande sein wird, den Streit um Dogmen und eine ganze Reihe von Fragen, wie sie von Seiten der Provinzialsynoden angeregt worden sind, zu vermeiden. Sollte das nicht der Fall sein, so würden wir unsere Erwartungen von vornherein auf das gerinste Maß herabgesetzt sehen. Andernfalls wird die bevorstehende Verhandlung zur Klärung der Bedürfnisse der Landeskirche und zur Aufstellung des Weges, auf dem das

Annoncen
Annahme-Büroaus:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei C. F. Danck & Co. —
Hausfeld & Vogler, —
Karl Rudolph Möller,
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendenk.“

Inserate 20 Pf. die sechzehntausend Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875

Donnerstag, 25. November
(Erscheint täglich drei Mal.)

ersehnte Ziel zu erreichen, ohne Zweifel in hervorragender Weise beitragen. Wir glauben, daß den Verhandlungen eine unbefangene und billige Beurtheilung von Seiten der öffentlichen Meinung nicht fehlen wird.

Deutschland.

△ Berlin, 23. November. In der letzten Ausschusssitzung des Kongresses deutscher Landwirthe war die Tagesordnung in vielen Punkten nicht erledigt worden, wozu verschiedene Umstände beitrugen, namentlich die geringe Beteiligung der Mitglieder an der Sitzung. Aus diesem Grunde war die Einberufung einer neuen Ausschuß-Versammlung in Ansicht genommen. Dieselbe wird am 10. Dezember abgehalten werden. Es kamen in derselben zur Verhandlung: die weitere Verhandlung des Arbeiter-Enquêtewerk's. — Der dem Reichstage vorgelegte Entwurf des Gerichts Organisationsgesetzes. — Die Erhaltung und weitere Entwicklung der Akerbau Schulen. — Die Lebensversicherung bei den ländlichen Arbeitern und Dienstboten. — Die Besichtigung des leipziger Fabrikantentages. — Tagesordnung für den 7. Kongress deutscher Landwirthe. — Berichterstattung über die Kongressverhandlungen an die politischen Zeitungen. — Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen in der politischen Presse. — Antrag des Herrn Dr. Perrot: Eine freihändlerische Kundgebung des Ausschusses in Bezug auf die Schuhzoll Agitation und eine Resolution im Sinne einer Befürwortung der Börsensteuer befreit. — Antrag des landwirtschaftlichen Kreditvereins im Erzgebirge (Chemnitz): Es möge der Kongress deutscher Landwirthe nach Kräften dafür eintreten, daß bei Beschaffung von Militärpferden in Friedenszeiten seitens der Regierungen den vaterländischen Büchtern durch Veranstaltung freier Aukläufe Gelegenheit zum Absatz selbstfertiger Pferde gegeben werde. — Schließlich soll eine Einreichung von Referaten über Fragen der die Landwirtschaft tangirenden wirtschaftlichen Gesetzgebung stattfinden.

△ Berlin, 23. November. Die beiden Steuergesetze sind vollkommen tot. Formlich in die Budgetkommission verwiesen, werden sie auch dort nicht zur Beratung gesetzt werden, sondern einfach liegenbleiben. Die Budgetkommission beginnt heute Abend die Arbeit der anderweitigen Deckung des Defizits. Gleichzeitig liegt zum Infra-Kreditgesetz ein Antrag der Fortschrittspartei vor, auch alle Pensionen von Invaliden aus den Kriegen von 1870 im Reiche und in Bayern, ebenso die Bewilligungen an Einzelne, die auf diesen Kriegen auf den Invalidenfonds zu nehmen. Dadurch schon werden die laufenden Einnahmen um etwa 5–6 Millionen jährlich entlastet werden. Das Schicksal der beiden Steuergesetze war Sonnabend entschieden. Camphausen zog die Gesetze zwar formell nicht zurück, materiell aber äußerte er sich in einer Weise, daß kein Abgeordneter mehr mit Anstand dafür hätte stimmen können. Melancholisch lagte in der gestrigen Sitzung der Abg. Lucius, der bekannte parlamentarische Flitzeladjutant von Bismarck, wie Camphausen die parlamentarischen Parteien davorzog, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Regierung in ihren Steuerideen zu unterstützen. Camphausen mochte am Sonnabend fühlen, wie er von beiden konservativen Parteien in Bezug auf die allgemeine Wirtschaftspolitik heftig angegriffen, um der Steuergesetze willen mit den liberalen Parteien als seinen Verbündeten in der allgemeinen Wirtschaftspolitik sich nicht entzweien dürfe. Die Vertretung der Steuergesetze würde ihn doch nicht halten, wenn die Freunde derselben, welche durchweg zugleich Gegner seiner Wirtschaftspolitik sind, die Oberhand bekommen; umgekehrt gewinnt er durch entschiedenes Bekennen zu konstitutionellen Grundsätzen — die Gesichter der unmittelbaren Umgebung, insbesondere der militärischen Umgebung von Camphausen verlängerten sich bei dieser Bekanntnis ganz ersichtlich — einen entschiedenen Halt nach links hin und scheidet, wenn es zum Bruch mit dem Reichskanzler kommen sollte, mit dem Rufe eines konstitutionellen Ministers. Im Einverständnis mit der Fortschrittspartei übernahm es daher Camphausen am Sonnabend, dem Minister für das Aufgaben der Steuergesetze durch ein Vertrauensvotum zu seiner allgemeinen Wirtschaftspolitik gewissermaßen eine goldene Brücke zu bauen und damit ein bestimmtes Schlußergebnis der Verhandlung zu ziehen. Fürst Bismarck hatte gestern beim besten Willen das verlorene Treffen nicht wiederherzustellen vermocht. Er nahm darum mit mehr oder weniger glücklichem Humor die Situation an, wie sie geworden war. Verläuft die Verhandlung über die Strafgesetznovelle ähnlich, so ist die Krise für diese Session als verlagt anzusehen. Die Rede Bismarcks gab nur sein von 1869 her bekanntes Finanzprogramm wieder: möglichst hohe indirekte Steuern. Sie entziehen sich ihrer Natur nach der konstitutionellen Einwirkung und lassen auch das Volk nicht zur klaren Erkenntnis der Steuerlast und damit nicht zur Opposition an der richtigen Stelle kommen. An zahlreichen Versuchen in dieser Richtung, die gewöhnlichsten Gegenstände des Verbrauchs zu belasten, hat es ja leider nicht gefehlt, während die andere Seite des Programms — Beseitigung der Kassensteuer und Einkommensteuer bis zu 2000 Thlr. Einkommen hinauf — selbst in der Milliardenzeit nicht über den Vorschlag hinausgekommen ist, in Preußen den Dienstboten bzw. den für sie eintretenden Herrschäften die 15 Sgr. Klassenssteuer zu erlassen. Vielleicht liest man in der Presse aus der gestrigen Rede Bismarcks ein auf die Landwirthschaft und den bürgerlichen Mittelstand berechnetes Wahlprogramm hinaus. Im Reichstage selbst machte die Rede Bismarcks einen bedeutenden Eindruck durchaus nicht; sie erschien wie eine wenig ernsthafte fast zwangsläufige Plauderei. Nicht wenige vermögten in derselben denselben Grad einer tieferen Auffassung des Gegenstandes, des politischen Überblicks und der geistreichen Diction, welcher frühere größere Reden

zeichneten, insbesondere solche Reden aus, die in die Zeit unmittelbar nach Beendigung eines längeren Landaufenthalts fielen.

○ Berlin, 23. November. [Reichstag] Vor Eröffnung der heutigen Sitzung hatte Fürst Bismarck eine längere Unterredung mit dem Präsidenten v. Borries im Präsidialzimmer des Reichstags. Auch die spätere Anwesenheit des Fürsten konnte die Erwartung erwecken, daß Fragen aus dem Gebiete der Diplomatie zur Erörterung kommen würden. Das geschah dann auch, aber sie wurden mehr oberflächlich gehandelt und so überließ der Reichskanzler die Erörterung sofort gewünschter Auskunft dem Direktor im Auswärtigen Amt v. Philippshorn. Von diesem fiel ein nicht unbedeutendes Wort bezüglich der Lage der Deutschen in Havanna, welche von der spanischen Regierung mit Kriegsteuern belegt wurden, und schon wegen der Balanz des dortigen deutschen Konsulates ihre Reklamationen nicht zur Geltung bringen konnten. Herr v. Philippshorn stellte die Disposition der deutschen Regierung in Bezug auf diese Sache dahin fest, daß dieselbe zwar die Interessen ihrer Angehörigen nicht aus den Augen verlieren, aber auch die Schwierigkeiten, mit welchen die spanische Regierung auf Kuba zu kämpfen hat, nicht vermehrten will. — Einen heißen Punkt der internationalen Beziehungen Deutschlands brachte der Abgeordnete Elben (Redakteur des "Schw. Merk.", nationalist.) zur Sprache, indem er auf die Intrigen hinwies, durch welche das für Deutschland überaus wichtige Eisenwerk der Gotthard-Eisenbahn gehemmt und in ein nachteiliges Licht gestellt wird. Die falschen Gerüchte von ungeheurem Nachforderungen, ja von gänzlichem Aufgeben der Tunnelbohrung, die künstlich erzeugten Nebungen zwischen der Schweiz und Italien u. f. f. führte der schwäbische Abgeordnete auf die Untriebe französischer Konkurrenten zurück und er forderte den Reichskanzler auf, durch Vermittelnde Intervention die Differenzen zwischen Italien und der Schweiz beigelegen, über die ganze Lage der Gotthard-Unternehmung aber, behufs Widerlegung bestehender Lügen und hangemachter Behauptungen, binnen Jahresfrist dem Reichstag klären und vollständigen Bericht darzulegen. Diese lange Friststellung schuf entwegen den Reichskanzler einer sofortigen Beantwortung der Reklamation. Auch von sozialdemokratischer Seite wurde das diplomatische Feld betreten, und zwar unter Erhebung des Anspruchs dasselbst erfolgreicher für deutsche Reichsbürger zu wirken, als das auswärtige Amt und speziell seine Organe in Brüssel es vermöchten. Abgeordneter Hasselmann, der schon im Eingang der Sitzung dem Reichskanzler den gemütlichen Vorschlag gemacht hatte, bei dieser schweren Zeit auf die 54,000 Mark Gehalt zu verzichten, erzählte einen Fall, in welchem ein aus Frankreich nach Brüssel gekommener Reichsbürger dort als Sozialist hätte ausgewiesen werden sollen, bei der deutschen Gesellschaft "Schw" gesucht, aber nicht gefunden habe und nur durch den mächtigen Einfluß der sozialistischen Partei zur Gewährung des Aufenthaltes gelangt sei, was nach Herrn Hasselmann die Ueberflüssigkeit der Gesellschaften darthut. In derselben Zeit fand in der Wohnung Hasselmann's sowie bei vielen anderen sozialdemokratischen Parteiführern und Vorständen sämtlicher sozialistischer Gewerbevereine politische Haussuchung statt. Der Redakteur des sozialdemokratischen "Grundstein" der bekannte Reiseapostel v. Grottkau, bei dem ebenfalls eine Haussuchung stattfand, wurde sogar verhaftet. Im Allgemeinen war der Reichstag bewilligungsunfreiwillig gearbeitet. Fürst Bismarck hatte daher alle Mühe, sich einem intimen Privatgespräch mit Herrn von Bemmisen zu widmen.

— Vor mehreren Wochen bereits hat die "B. A. C." in einem Artikel eine Annäherung der beiden volkswirtschaftlichen Lager, in welche unsere Mittelparteien bisher gespalten waren, nämlich des volkswirtschaftlichen Kongresses und des Vereins für Sozialpolitik in einer Weise das Wort geredet, daß man annehmen könnte, eine derartige Annäherung sei in Vorbereitung. Eine hiesige Korrespondenz thut mit, daß heute diese Annäherung als unmittelbar bevorstehend bezeichnet werden kann und äußert sich darüber wie folgt:

Einen wesentlichen Anteil an der Herbeführung dieser Annäherung hat das Wiederaufleben der "Schuhzollagitation". Angesichts des Refus des diesjährigen volkswirtschaftlichen Kongresses in München und des Auftretens Rudolf Meyers in Eisenach wurde im Aufsatz des Vereins für Sozialpolitik die Zweckmäßigkeit eines Zusammenschlusses mit dem Ausschüsse des volkswirtschaftlichen Kongresses in der Sollfrage erörtert und schließlich beschlossen, dielem Ausschuß mitzuhören, der Verein für Sozialpolitik beabsichtigte, seine nächstjährige Jahresversammlung aufzuladen zu lassen und seine Mitglieder würden den nächstjährigen volkswirtschaftlichen Kongress besuchen, falls der volkswirtschaftliche Kongress im Jahre 1877 aufzutreten und die Mitglieder seines Ausschusses an der für dieses Jahr in Aussicht genommenen nächsten Jahresversammlung des Vereins für Sozialpolitik teilnehmen würden. Auch für die späteren Jahre sollten beide Versammlungen Jahr für Jahr alternieren. Diesem Vorschlag des Eisenacher Ausschusses wurde von den berliner Mitgliedern des ständigen Ausschusses der volkswirtschaftlichen Konf. zugestimmt. Das Hauptverdienst um die Herbeführung dieses Resultats gehürt v. Grottkau, der durch seine persönliche Bekanntheit und seine Stellung in wirtschaftlichen Fragen die zum Vermitteln geeignete Persönlichkeit war. Im Auftrage des Eisenacher Ausschusses führte Prof. Brentano in Breslau mit v. Grottkau die Verhandlung, und v. Grottkau setzte sich mit v. Grottkau und den übrigen Leitern des volkswirtschaftlichen Kongresses in Verbindung. In wenigen Tagen wird der Beschluß des Vereins für Sozialpolitik von dessen Präsidenten Palisse dem ständigen Ausschuß des volkswirtschaftlichen Kongresses offiziell mitgeteilt und von diesem angenommen werden.

— Im Fürstensaal der Kaiser-Gallerie tagte heute Vormittag die neußtliche avisirte Vorversammlung von Mitgliedern der Mittelpartei der Generalsynode. Herr Graf Ritterberg (Appellationsgerichtspräsident zu Glogau) eröffnete gegen 11 Uhr die Versammlung und forderte sie auf, einen Vorsitzenden zu wählen.

